

SPD-Fraktion
Fraktion DIE LINKE

An die Oberbürgermeisterin
Frau Henriette Reker

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin:

AN/1527/2023

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	

ÖPNV gerecht erweitern und stärken: Sozialticket für 19 Euro in Köln auf den Weg bringen

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Antragsteller bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Rates zu setzen.

Beschluss:

1. Der Kölner Stadtrat fordert die Landesregierung NRW auf, sich dem Vorbild anderer Bundesländer anzuschließen und ein über die bisherigen Planungen (39 Euro) hinausgehend ermäßigtes Sozial-Ticket für monatlich 29 Euro anzubieten.
2. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Stadtverwaltung, in Kooperation mit der KVB ein 19-Euro-Deutschlandticket für Köln-Pass-Inhaber*innen zu ermöglichen, indem Mittel aus dem Stärkungspakt NRW bei der Stadt beantragt werden. (Hilfsweise könnte das bestehende Köln-Pass-Ticket auf 19 Euro reduziert werden.)
3. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Stadtverwaltung, gemeinsam mit der KVB zu prüfen, wie auch langfristig ein 19-Euro-Ticket für die bisherige Gruppe der Köln-Pass-Nutzer*innen (MobilPass-Monatsticket und Abo) eingeführt werden kann.

Begründung:

Das Deutschlandticket für 49-Euro ist nicht nur eine Mobilitätsrevolution, sondern gleichzeitig eine soziale Errungenschaft. Die Attraktivität zeigt sich allein schon daran, dass in der Kölner Region die KVB beeindruckende 202.000 49-Euro-Tickets verkauft hat und damit 40.000 Personen als Neukund*innen gewinnen konnte. Insbesondere profitieren berufstätige Pendler*innen, denn es ermöglicht mehr Mobilität bei viel geringeren Kosten. Im Fall, dass das Deutschlandticket als Job-Ticket bezogen wird, beteiligen sich zusätzlich die Arbeitgeber*innen an den Ausgaben. Insgesamt kann somit das Jobticket als 34,30 Euro-Deutschlandticket

bezogen werden. Seit Einführung des Deutschlandtickets nimmt die Diskussion um einen sozial gerechteren ÖPNV wieder Fahrt auf. Sozialverbände weisen schon länger darauf hin, dass der Beitrag zur Mobilität im Regelsatz für das Bürger*innengeld nicht ausreicht, um das Deutschlandticket zu kaufen.

Die meisten Menschen mit niedrigem Einkommen profitieren zurzeit im VRS-Gebiet noch gar nicht vom Erfolg des Deutschlandtickets – eine klare Ungerechtigkeit. Für Personen, die Bürgergeld oder Wohngeld beziehen, plant die Landesregierung NRW zwar ab Herbst eine Entlastung in Form eines Sozialtickets zum Preis von 39 Euro, aber diese fällt im Vergleich zu anderen Bundesländern gering aus und ist insbesondere, wenn man dies mit den Vergünstigungen für ein Jobticket vergleicht, sozial ungerecht.

Der Blick auf andere Bundesländer und Kommunen zeigt, dass es möglich ist, ein Sozialticket für weniger als 39 Euro anzubieten. In Hamburg werden nur 19 Euro verlangt. Und das nicht erst ab Herbst, sondern bereits seit dem 1. Mai 2023. Den gleichen Preis zahlen ärmere Menschen beispielsweise auch in Nürnberg und in Rostock. Das Bundesland Hessen hat ein Sozialticket für 31 Euro eingeführt. Bereits seit dem 1. September 2022 ermöglicht unsere Nachbarstadt Bonn für Bonn-Ausweis-Inhaber*innen ein Monatsticket im Abo zu einem Preis von 19 Euro pro Monat. Die Stadt rechnet mit Mehrausgaben von rund 783.000 Euro.

In Köln werden zurzeit 25.500 Köln-Pass-Inhaber*innen mit einem Mobilitätsticket versorgt, das entweder als Jahres-Abonnement monatlich für 39,90 Euro oder als Köln-Pass-Monatsticket für 42,50 Euro erhältlich ist. So oder so ist das Angebot im Vergleich zu anderen Städten und Regionen in Deutschland teurer und beschränkt sich auch nur auf den Gültigkeitsbereich des Kölner Stadtgebietes.

Die Forderung kann daher nur lauten, dass wir in Köln eine nachhaltige Lösung für ein Sozialticket in Höhe von 19 Euro finden. Derzeit ergibt sich eine Gelegenheit, wie wir diesem Ziel zumindest zeitlich begrenzt näherkommen. Die Stadt Köln hat aus dem NRW-Stärkungspakt 11,5 Millionen Euro für soziale Projekte erhalten. Eine Beantragung durch die KVB für Mittel aus diesem Topf könnte eine Anschubfinanzierung für ein Sozialticket bis mindestens Dezember 2023 ermöglichen. Dies wäre eine Chance, um 25.000 Menschen in Köln bezahlbare Reisemöglichkeiten während der Herbst- und Winterferien zu bieten. Ein Beispiel, wie diese Mittel für ein Sozialticket genutzt werden könnten, bietet die Stadt Recklinghausen. Fest steht, dass Köln die Gelder des Stärkungspaktes bisher nur zur Hälfte verausgabt hat – bleibt die Frage, ob wir riskieren wollen, dass überschüssige Mittel an das Land zurückgegeben werden.

<https://www.recklinghausen.de/Inhalte/Startseite/details.asp?form=detail&db=513&id=27693>)

Deckungsvorschlag:

Aus dem Stärkungspakt NRW könnte die KVB Mittel von ca. 2,5 Mio. Euro für ein 19-Euro-Ticket im Jahr 2023 beantragen. Die Stadt Köln hat für 2023 vom Land NRW 11,5 Mio. Euro

zur Bekämpfung von Armut erhalten, von denen bisher nur ca. 5 Mio. Euro verausgabt wurden. Für das Jahr 2024 muss im Dezember 2023 eine Anschlussfinanzierung gefunden werden.

Mit freundlichen Grüßen

Gez.
Christian Joisten
SPD-Fraktionsvorsitzender

Gez.
Michael Weisenstein
Fraktionsgeschäftsführer DIE LINKE